

Samstag, 09. September 2023, Offenbach-Post / Obertshausen

Helfer der Freunde und Helfer

Stadt sucht zwei Kräfte für den Freiwilligen Polizeidienst

VON STEFFEN GERTH



Die Gewerkschaft nennt sie „Pseudo-Polizisten“. Freiwillige Polizeihelfer sollen auf den Bürger beruhigend wirken. Ihr Handlungsspielraum ist stark begrenzt, aber sie dürfen an Parksünder „Knöllchen“ verteilen. Foto: dpa

Obertshausen – Selbstverständlich sind die Eiferer in den Sozialen Medien schon aktiv. Dann solle Obertshausen doch gleich die Polizei abschaffen, wurde etwa hämisch gefordert – als ob es darum gehen würde. Die Stadt sucht aktuell zwei neue Kräfte für den sogenannten Freiwilligen Polizeidienst, also Zuarbeiter der Freunde und Helfer, wie Polizisten auch genannt werden. Es dreht sich je um maximal 25 Stunden Arbeit monatlich, das Land Hessen stellt die Ausrüstung, die Stadt zahlt eine Aufwandsentschädigung von sieben Stunden pro Stunde. Einsätze sind vor allem nachmittags und abends, sowie an Wochenenden. In Zweiertteams sollen die Helfer Präsenz im öffentlichen Raum zeigen und Ansprechpartner sein, wie es heißt. Der Einsatz erfolgt unter der Aufsicht des Polizeipräsidiiums Südosthessen und in Absprache zwischen der Polizeistation Heusenstamm sowie dem Ordnungsamt der Stadt.

Seit 2004 gibt es Polizeihelfer in Obertshausen, und die deutschlandweite Diskussion über den Sinn solcher Kräfte ist mindestens genauso alt. „Das ist eine Pseudo-Polizei. Diese Leute geben der Bevölkerung ein falsches subjektives Sicherheitsgefühl“, schimpft Alexander Glunz, hessischer Landesgeschäftsführer der Deutschen Polizeigewerkschaft. Er befürchtet, dass solche Posten von Menschen ausgenutzt werden, um „Sheriff“ zu spielen.

Stattdessen fordert Glunz von der Politik, mehr in die „richtige“ Polizei zu investieren, also in rechtskundige Beamte, die die hoheitliche Aufgaben korrekt übernehmen. Glunz gefällt auch nicht, dass diese freiwilligen Helfer bezahlt werden. „Wer bei der Freiwilligen Feuerwehr ist, bekommt ja auch kein Geld.“

Polizei ist immer vor Wahlen ein populäres Thema. Das beweist aktuell wieder Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) mit seiner Sympathiebekundung für die Ordnungshüter. Klingt gut, kostet aber auch nichts.

Dafür gibt es derzeit rund 350 ehrenamtliche Polizisten in mehr als 100 hessischen Städten. Im Kreis Offenbach gehören neben Obertshausen Offenbach, Neu-Isenburg, Dietzenbach, Dreieich, Rodgau und Rödermark dazu. „Durch ihr Auftreten in Uniform sorgen sie für ein gutes Sicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern. Anlassbezogen informieren sie proaktiv über aktuelle Kriminalitätsphänomene, wie Enkeltrick, Anruf falscher Polizeibeamter oder zu Themenfeldern im Bereich der Verkehrsprävention“, wirbt das Polizeipräsidium Südosthessen.

Marc Heintl sagt, dass er nur gute Erfahrungen mit den freiwilligen Helfern gemacht habe. Seit November 2022 leitet er die Polizeidienststelle Heusenstamm und ist auch zuständig für Obertshausen. Heintl versichert, dass diese Kräfte für ihre Arbeit „von Profis“ geschult werden, und das sind Beamte der Abteilung E 4 (Prävention) am Polizeipräsidium. Laut Stellenausschreibung der Stadt Obertshausen sind diese Schulungen an vier bis fünf Samstagen ab Oktober.

Das klingt nicht viel, vollständiges Polizeiwissen kann so eine Kraft niemals erlangen. Soll sie auch nicht, sagt Heintl, denn die Helfer sind nur als „begleitende Maßnahme“ vorgesehen. „Wir lassen sie in Streife laufen, um die Uniform zu zeigen.“ Das soll beim Bürger abschreckend und beruhigend wirken. Und wenn Gefahr in Verzug ist, dann sollen sie sich „an die Profis“ wenden, also die Polizei. Dafür sind die Helfer mit Mobiltelefon ausgerüstet, aber auch mit Pfefferspray zur Gefahrenabwehr und einem Block, um Strafzettel bei einfachen Ordnungswidrigkeiten auszustellen.

Polizeibeamter Heintl versichert, dass seine Helfer nur für Aufgaben eingesetzt werden, für die sie auch geschult worden sind – wie etwa, um Absperrungen

zu sichern. Was sie auch dürfen: Nach Jedermann-Recht einen mutmaßlichen Täter vorläufig festhalten. Aber das dürfen Privatpersonen auch.